

Die Stadtratsfraktion
des CSU-Ortsverbandes Arzberg



17.01.2011

Antrag nach der Geschäftsordnung

Die CSU-Fraktion beantragt die Erörterung und Beschlussfassung:

Es wird beantragt, folgende Resolution zu beschließen und an folgende Stellen zu richten:

Bayerische Staatsregierung
Herrn Ministerpräsidenten Seehofer
Herrn Innenminister Herrmann
Innenausschuss des Bayerischen Landtags
Herrn Landrat Dr. Döhler
Herrn Landtagsabgeordneten Schöffel

„Die Stadt Arzberg, vertreten durch ihren Ersten Bürgermeister Göcking sowie dem Stadtrat fordern alle verantwortlichen Stellen auf, die Fahndungsgruppe der Polizeiinspektion Marktredwitz mindestens in ihrem jetzigen Personalbestand zu erhalten.
Die Durchführung von effizienten Kontrollen auf dem Gebiet der grenznahen Gemeinden muss weiter gewährleistet werden.“

Begründung:

Die derzeitige aktuelle Sicherheitssituation im Landkreis Wunsiedel und insbesondere im Grenzgebiet zur Tschechischen Republik ist seit längerem durch eine hohe Anzahl von Rauschgiftdelikten geprägt.
Wir verweisen dabei auf den Bericht zur Schleierfahndung in der Frankenpostausgabe vom 17.01.2011.

Dieser Entwicklung, die vor allen Dingen unsere Jugendlichen und Kinder gefährdet, kann nur durch eine weiterhin starke Polizeipräsenz und effiziente Kontrollen entgegengetreten werden, wobei in unserer Region die Schleierfahndungsgruppe der Polizeiinspektion Marktredwitz wertvolle Arbeit leistet.

In diesem Zusammenhang ist es mehr als erfreulich, wenn nun von Seiten des Innenministers Herrmann gegenüber unserem Landtagsabgeordneten Martin Schöffel zugesichert wird, dass

die Schleierfahndung in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben wird (vgl. den obigen Frankenpostbericht).

Dies zeigt, dass der Sicherheit der Menschen in Bayern und in unserer Region der notwendige hohe Stellenwert eingeräumt wird, wofür wir dankbar sind.

Darüber hinaus sollte aber auch von Seiten der grenznahen Gemeinden unserer Region ein eigenes Signal dafür gesetzt werden, dass trotz der immer schwieriger werdenden Situation der öffentlichen Haushalte der Erhalt der jetzigen Polizeipräsenz und insbesondere der Erhalt der Fahndungsgruppen in ihrem jetzigen Personalbestand unabdingbar ist.

Gerade die grenznahen Gemeinden sind von der derzeitigen Entwicklung auf dem Rauschgiftsektor, für die sie nicht das Geringste können, unmittelbar betroffen, wobei hauptsächlich gefährdet unsere Jugendlichen und Kinder sind.

Dieser Gefahr kann nur durch wirksame Polizeikontrollen, insbesondere auch auf dem Gebiet der grenznahen Gemeinden begegnet werden. Diesen Schutz für unsere Kinder und Jugendlichen einzufordern, obliegt unserer Überzeugung nach auch den betroffenen Gemeinden.

Wir fordern daher eine uneingeschränkte Beibehaltung der bisherigen Kontrolltätigkeit unserer Polizei, insbesondere auch auf dem Gebiet der grenznahen Gemeinden.

Dabei mag es durchaus zutreffen, dass die grenznahe Schleierfahndung von Einzelnen als Schikane empfunden wird, wir sind aber der Überzeugung, dass derlei unbegründete Befindlichkeiten hinter der Sicherheit unserer Kinder zurücktreten müssen.

Die Sicherheit unserer Jugendlichen und Kinder muss für uns alle höchste Priorität haben.

Dass diese Problematik auch in der Öffentlichkeit und besonders bei Eltern Sorgen bereitet, beweist nicht zuletzt das große Interesse an der Drogeninformationsveranstaltung am 8. November 2010 in der Bergbräu in Arzberg, wo die oben beschriebene Entwicklung aufgezeigt und ausgiebig diskutiert wurde.

Auch die Resolution der Stadt Waldsassen in der letzten Stadtratssitzung des Jahres 2010 bezüglich der Forderung nach Erhalt der Fahndungsgruppe im dortigen Bereich unterstreicht dies alles und es bleibt zu hoffen, dass sich noch mehr Gemeinden der Brückenallianz und im hiesigen Bezirk dem anschließen.

Für die CSU Fraktion